

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Herbert Schnoor MdL,
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen,
verurteilt die Praxis,
Arbeitslose zum Sozial-
amt zu schicken und da-
mit auch die Finanzen
der Kommunen zu bela-
sten: Umkehr nötig.

Seite 1

Horst Isola, Stellvertre-
tender Bundesvorsitzen-
der der Arbeitsgemein-
schaft sozialdemokrati-
scher Juristen und Lei-
ter des Strafvollzuges
in Bremen, weist auf
Pläne des Bundesjustiz-
ministers hin, den Ju-
gendarrest auszuweiten:
Knast-Drohung gegen Kri-
sen-Opfer.

Seite 3

Aus dem Nachlaß von
Fritz Sänger veröffent-
lichen wir einen Bei-
trag, der sich mit dem
Medien-Echo auf die Ge-
denkfeiern zum 20. Juli
befaßt: Auch an die na-
menlosen Widerstands-
kämpfer erinnern.

Seite 5

39. Jahrgang / 154

13. August 1984

Arbeitslose gehören nicht ins Sozialamt

Bonner Arbeitsmarktpolitik demütigt Arbeitslose und
drückt auf die Finanzen der Kommunen

Von Dr. Herbert Schnoor

Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe müssen umgehend zumindest wieder auf das frühere Niveau aufgestockt werden. Ich unterstütze nachdrücklich die entsprechenden Forderungen vom Deutschen Gewerkschaftsbund und Spitzenorganisationen der Städte und Gemeinden. Es ist sozialpolitisch geradezu unverantwortlich, Arbeitnehmer, die jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge in ihre Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, nun immer stärker auf den psychologisch schwierigen Gang zum Gemeinde-Sozialamt zu verweisen. Außerdem werden dadurch die Sozialtats der Kommunen in ungesunder Weise überlastet und zweckentfremdet, so daß den Gemeinden notwendige Mittel für ihre eigentlichen Aufgaben und auch Investitionen fehlen.

Wenn Experten ausrechnen, daß die Bundesarbeitsverwaltung am Jahresende einen Überschuß von rund drei Milliarden DM erwartet und diese dennoch gleichzeitig die Arbeitnehmer zunehmend der Sozialhilfe anheim fallen läßt, ist das nur noch als arbeitnehmerfeindlicher Skandal zu bezeichnen. Damit verheddern sich nicht nur zunehmend weite Bevölkerungsschichten in den von der Bundesregierung systematisch aufgeribbelten und angeblich nur wieder anders verknüpften Maschen des sozialen Netzes, sondern sie fallen plump durch diese hindurch.

Es ist die sattsam bekannte widersprüchliche und mehrsprachige Politik der Bundesregierung, wenn auf der einen Sei-



te ihr neuer Wirtschaftsminister die Städte zu Investitionen in Umweltschutz und Stadtsanierung auffordert und auf der anderen Seite die gleiche Bundesregierung durch die für 1986 und 1988 geplante und nur so genannte große Steuerreform schon jetzt immense Einnahmeausfälle im kommunalen Bereich vorbereitet. Hier tut Einkehr und dann Umkehr der Bundesregierung not: Sie muß endlich ihre Verantwortung für die Gemeinden nicht nur Nordrhein-Westfalens, sondern aller Bundesländer wahrnehmen und diesen einen finanzwirtschaftlichen Konsolidierungskurs ermöglichen. Nur so kann sie auch die von ihr dringend erstrebte und ja auch notwendige Wirtschaftsbelebung zum Beispiel durch kommunale Beauftragte mit all ihren Impulsen für die Wirtschaft erreichen.

Apropos Mehrzügigkeit: Von "Familienminister" Geißler, der sonst mit quickverletzenden Sprüchen schnell zur Hand ist, hätte ich schon längst ein Wort zugunsten der betroffenen Familien von arbeitslosen Mitbürgern erwartet, aber er ist natürlich als CDU-Generalsekretär wohl zu vielen verschiedenen Interessen verpflichtet, wie zum Beispiel seinen CDU-Zick-Zack-Rückwärts-Schritten zum alten Paragraphen 218.

Ein paar Zahlen begründen meinen Appell wie von selbst. So haben die nordrhein-westfälischen Kommunen 1983 7,4 Milliarden DM für die Sozialhilfe aufgewendet. Allein eine Stadt wie Duisburg hat 1983 im Vergleich zu 1982 7,2 Millionen DM mehr auf das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe "draufzahlen" müssen, zusätzlich hat sie für die von der Arbeitsverwaltung inzwischen ganz "ausgesteuerten" Arbeitslosen im gleichen Zeitraum 6,9 Millionen DM mehr bezahlen müssen, zusammen sind das also 14,1 Millionen: Der Trend zeigt 1984 stetig nach oben, weil immer mehr beschäftigungslose Arbeitnehmer mit der ja nicht hinwegleugbaren zunehmenden Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nicht mehr oder doch nur in vermindelter Form erhalten. Hier tragen Bundestag und Bundesregierung doppelt hohe Verantwortung, weil sie im Zuge der "Bundeshaushaltssanierung" darüber hinaus auch noch die Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz deutlich eingeschränkt haben.

Ich habe ja noch grundsätzlich Verständnis dafür, wenn die Bundesregierung Geld einsparen will. Aber das darf eben nicht nach dem inzwischen eingefahrenen Mitte-Rechts-Charakteristikum ablaufen, das dies fast ausschließlich auf Kosten der Sozialschwächsten und auch der "kleinsten staatlichen Einheiten", der Gemeinden, geschieht, während die gleiche Regierung ihr Milliardenfüllhorn mit Subventionen über die deutsche Großlandwirtschaft ergießt.

(-/13.8.1984/vo-he/rs)

+

+

+



Knast-Drohung gegen Krisen-Opfer

Engelhard plant erhebliche Ausweitung des Jugendarrestes

Von Horst Isola

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen
Leiter des Strafvollzuges in Bremen

Die Bundesregierung in Bonn plant, mit einem jugendpolitischen Beitrag eigener Art auf Probleme Jugendlicher, die insbesondere infolge Arbeitslosigkeit und fehlender Lehrstellenangebote straffällig werden, zu reagieren: Ein Gesetzentwurf zur Änderung des Jugendgerichtsgesetzes sieht vor, künftig mehr junge Menschen, die wegen Bagatelldelicten in Erscheinung treten, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Nach den Vorstellungen des Ministers soll demnächst neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe Jugendarrest als sogenannter "Einstiegsarrest" von den Gerichten verhängt werden können.

Die Verfasser des Gesetzentwurfs bezeichnen es als "erzieherisch sinnvoll", eine längerdauernde ambulante Betreuungsphase (Bewährungsstrafe) durch eine kurzfristige freiheitsentziehende Maßnahme einzuleiten, wenn der Jugendliche damit nachdrücklich auf den Ernst seiner Lage hinzuweisen und ihm bewußt zu machen ist, daß im Falle der Nichtbewährung die Freiheitsentziehung und bei schuldhafter Nichterfüllung von Auflagen oder Weisungen weiterer Jugendarrest drohen.

Experten befürchten zu Recht, daß mit der geplanten Möglichkeit, zusätzlich Jugendarrest zu verhängen, auch in diesem Bereich die Inhaftierungszahlen sprunghaft ansteigen werden. Schon jetzt sind zahlreiche Jugendvollzugsanstalten hoffnungslos überfüllt; gegenwärtig verbüßen etwa 6.600 junge Menschen Jugendstrafen. Einige Bundesländer befürchten, daß jetzt noch zusätzlich Jugendarrestanstalten, häufig auch als "Kinderknäste" bezeichnet, gebaut werden müssen.

Der Jugendarrest wurde durch Verordnung vom 4. Oktober 1940 von Nationalsozialisten eingeführt. Der damalige Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Freisler, sprach von einer "Schockwirkung", die der Arrest auf Jugendliche ausüben sollte - eine Vorstellung, die heute noch in der Jugendstrafrechtspflege als Begründung für Arrestverhängung erhalten muß. Nach Auffassung der Nazis sollte durch den Jugendarrest der junge Straffällige wieder Teilhaber der Gemeinschaftslehre werden. Aus diesem Grunde



waren auch sogenannte "fremdvölkische" Jugendliche von dieser Maßnahme ausgeschlossen. Freisier sprach in diesem Zusammenhang von der Strafrechtspflege als Ehrenrechtspflege.

Auch nach dem geltenden Recht soll der Vollzug des Jugendarrestes "das Ehrgefühl des Jugendlichen wecken". Dabei soll es nach Auffassung des liberalen Bundesjustizministers auch verbleiben, jedoch soll nunmehr der Arrestvollzug erzieherisch gestaltet werden - was dies auch immer heißen mag.

Fachleute weisen dagegen seit Jahren darauf hin, daß der Arrestvollzug ein pädagogisch völlig ungeeignetes Mittel ist, um Sozialisations- und Erziehungsdefizite, die für die Straffälligkeit junger Menschen von Bedeutung sind, zu beseitigen. Die ASJ forderte Anfang 1980 die Abschaffung des Jugendarrestes und seine Ersetzung durch soziale Trainingskurse. Schweden hat inzwischen den Jugendarrest wegen der negativen Erfahrungen aufgegeben.

In der Betreuung junger Menschen erfahrene Fachleute befürchten, daß sich die Lage der jungen Menschen - es handelt sich vor allem um 14- bis 15jährige - durch die neue Maßnahme erheblich verschlimmern wird. Sie weisen darauf hin, daß der junge Mensch in der Regel solche Personen als Betreuer ablehnt, die unter Ausnutzung des Einsperrtseins Kontakte zu ihm zu knüpfen suchen. Es widerspricht erzieherischen Grundsätzen, Jugendlichen einerseits durch die Bewährungsentscheidung ein Vertrauen in ihre zukünftige Lebensführung zu bestätigen, andererseits aber zu dokumentieren, daß dieses Vertrauen eine freiheitsentziehende Sanktion zur Voraussetzung hat.

Insbesondere Bewährungshelfer sehen ihre pädagogische Arbeit durch den Engelhard-Plan erheblich gefährdet. Sie rechnen mit negativen Auswirkungen, insbesondere mit vermehrten Widerrufen von Bewährungen. Die Folge wird neben dem Anstieg der Arrestanzahlen ein Anstieg der Gefangenenanzahlen in den Jugendstrafanstalten sein. Wie soll - so fragt man sich - die repressive Einwirkung schlimmster Art, die wir in unserer Rechtsordnung kennen, nämlich das Einsperren, den Zugang zu pädagogisch gewollten Methoden eröffnen? Wie sollen erzieherische Maßnahmen greifen, wenn vorher von demjenigen, der die Erziehung anbietet, eine erhebliche Übelzufügung erfolgt?

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen fordert den Bundesjustizminister auf, unverzüglich die Planungen zur Einführung des Einstiegsarrestes aufzugeben und statt dessen ein kriminalpädagogisch fundiertes Konzept vorzulegen, das sich an den Erziehungs- und Sozialisationsdefiziten straffällig gewordener junger Menschen orientiert und ihnen eine reelle Chance vermittelt, eine Lebensperspektive zu entwickeln.
(-/13.8.1984/vo-he/rs)

+ + +



Aus dem Nachlaß von Fritz Sänger

Der am 30. Juli im 83. Lebensjahr verstorbene Fritz Sänger hat bis in seine letzten Stunden journalistisch gearbeitet. Kurz vor seinem Tod schloß er die Arbeit an einem Artikel ab, der sich mit dem Medienecho auf den 40. Jahrestag des 20. Juli 1944 auseinandersetzt. Wir veröffentlichen das Manuskript, das uns von Frau Irmgard Schäfer-Sänger zur Verfügung gestellt wurde, in Erinnerung an Fritz Sänger.

Der 20. Juli in den Medien

Auch über den Widerstand der "Namenlosen" soll berichtet werden

War es nur die runde Zahl des 40. Jahrestages der Wiederkehr eines bekannt gewordenen Attentats auf Hitler, die Presse und Rundfunk zu einer gründlicheren Behandlung des Themas Widerstand gegen den radikalen Nationalismus in Deutschland bewogen hat? Nicht nur die überregionalen Zeitungen, auch Lokalblätter - vor allem aber Rundfunk und Fernsehen - haben, nimmt man alles in allem, sich bemüht, die Aktion des Obersten Claus von Stauffenberg vom 20. Juli 1944 gegen das Terror-Regime in den größeren Zusammenhang zu stellen, der allein die Bedeutung des Geschehens kennzeichnet. Soldaten benutzten die Waffen, über die sie anders als andere Attentäter verfügten. Es geschah im Wissen darum, daß eine keineswegs mehr heimlich tätige Öffentlichkeit ein Regime verdammt, das die Nation in den Abgrund führte. Der Verlauf des Krieges ließ das verhängnisvolle Ende unschwer als gewiß erkennen. Die das Attentat planten, wußten jetzt die große Mehrheit der Deutschen hinter sich.

Die dem Attentat vom Juli 44 vorangegangenen Versuche waren ebenfalls mißglückt; der heimliche Widerstand, vom Beginn des Regimes der Nationalisten an in Deutschland in ungezählten mutigen Handlungen von Einzelnen und kleinen Gruppen immer wieder aufflackernd, ist bekannt geworden.

Zum ersten Mal wurden hier und dort einzelne Unternehmen von Presse und Funk mitgeteilt. Was am 20. Juli 1944 geschehen ist, beherrschte dennoch das Bild.

Eine genauere und umfassende Kenntnis dessen, was doch zur jüngsten deutschen Geschichte gehört, sollte - um des besseren Verständnisses der Völker willen - im Inland und Ausland zuverlässig und realistisch eindringlicher bekannt werden.

In einer breit angelegten Rede hat der Hamburger Bürgermeister, Dr. Klaus von Dohányi, dessen Familie im Widerstand gegen das Hitler-Regime Opfer abgefordert wurden, die politischen Hintergründe und gesellschaftlich komplexen Ursachen und Zusammenhänge dargelegt und in einen aktuellen Bezug zur deutschen Wirklichkeit gebracht - eine bemerkenswerte und verdienstvolle Leistung. Der Berliner "Tagesspiegel" hat die Gelegenheit wahrgenommen und die Rede sofort im Wortlaut veröffentlicht. In Hörfunk und Fernsehen fand sie leider nur wenig Beachtung. Unbestreitbare Tatsachen, so wichtig und informationsintensiv sie auch sein mochten, fanden in diesem Falle bei parteipolitisch Befangenen kein Gehör. Die Berichterstattungspflicht wurde nicht erfüllt.

In einigen Beiträgen wurde in den Medien erörtert, warum die von Hitler so tief gekränkte Wehrmacht, die eine Affäre Röhm, die Verleumdung des Generaloberst von



Fritsch und andere Vorgänge zu ertragen gehabt hatte, nicht längst früher tätig geworden war. Abgesehen davon, daß wiederholt Aktionen unbekannt geblieben sind, die vorbereitet, auch begonnen, aber nicht zum Ziel gebracht werden konnten, wird dabei übersehen, daß sich Heer, Marine und vor allem in der Luftwaffe keineswegs eine einheitliche Meinung zur Staatsführung festzustellen war. Die öffentliche Meinung im In- und Ausland wies abermals darauf hin, daß die Aktion am 20. Juli 1944 erst erfolgte, als der für Deutschland negative Ausgang des Krieges so gut wie sicher war.

Wichtiger als die Frage nach dem Zeitpunkt einer Aktion blieb jederzeit, so auch jetzt, als der 40. Jahrestag des 20. Juli 1944 Anlaß zu gründlicheren Darstellungen und Bewertungen war, die umfassende Behandlung des beharrlichen Verhaltens ungezählter Frauen und Männer, junger und alter, die in eigener Verantwortung dem Regime gewichtige und geringere Ablehnung bekundeten, indem sie Verfolgte versteckten oder halfen, sie über die Grenzen in neutrale Nachbarländer gelangen zu lassen: Der Schneidermeister in Berlin, der jederzeit einen neuen "Gesellen" vorübergehend einzustellen bereit war, der Hotelbursche in Bregenz, der den Weg durch das Montafon-Tal in die Schweiz nahezu gefahrlos nutzte, die Paddler an der Küste Schleswig-Holsteins, die am hellen Sommertag oder in regendunkler Nacht einen dänischen Strand erreichten und Flüchtlinge absetzten, der Polizist im kleinen Städtchen in der Lüneburger Heide, der wohl wußte, daß eine alte Jüdin des Hauses in der Torstraße versteckt war, und wissend, daß der Henker sein Lohn sein würde, der aber Augen, Ohren und Mund verschlossen hielt, viele andere in Berlin und anderswo wußten den Versteckten regelmäßig Lebensmittelkarten zu verschaffen.

Sie alle verdienen es, daß eine findige Presse, daß Reporter der Funkhäuser, weit mehr, als bisher geschehen, erforschen und erzählen, daß in den Jahren des Terrors und der vielen tausend Hinrichtungen dennoch der Wille nicht zu fesseln war, das Regime, das einst für Deutschland zu handeln sich anmaßte, zumindest zu unterwühlen, es zu schwächen und ihm den Mut der Gerechten entgegenzusetzen. Die Medien hatten eine Gelegenheit, die nur wenige wahrnahmen. Sie wird sich wiederholen!
(-/13.8.1984/vo-he/rs)

+

+

+

